III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10 TEL.: SELNAU 32 51

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE



Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 74 | 9. Januar 1920 | י"ח טבת תר"ף | Preis 30 Cts.

Einberufung der jüdischen Welthilfskonferenz nach Zürich.

Aus Paris wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet:

Einem seitens verschiedener Hilfskomitees geäusserten Wunsche Folge leistend, hat das „Komitee der Jüdischen Delegationen bei der Friedenskonferenz" in seiner Sitzung vom 28. Dezember folgende Resolution angenommen;

1. *Die jüdische Welthilfskonferenz wird vom 7. bis 11. März 1920 stattfinden;*

2. *Die Konferenz wird in Zürich abgehalten werden.*

Der Aufschub der für Januar geplanten Konferenz wurde vor allem deshalb beschlossen, weil es verschiedenen Delegierten überseeischer Länder und Südrusslands technisch unmöglich ist, vor Anfang März 1920 zur Konferenz einzutreffen.

Ungefähr 70 Hilfsorganisationen, die 40 Länder vertreten, und einige jüdische Zentralorganisationen sind eingeladen worden, Vertreter zur Konferenz zu delegieren.

Interview mit Graf Apponyi.

Die ungarische Friedensdelegation passierte am 6. Jan. auf der Fahrt nach Paris Buchs. Graf *Apponyi*, der Führer der Delegation erklärte dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" in einer Unterredung über die Verfolgungen der Juden in Ungarn, dass die Juden dort nicht in ihrer Eigenschaft als Juden verfolgt werden, sondern weil viele Juden an leitender Stelle in der bolschewistischen Bewegung in Ungarn mitgewirkt hätten und man einen Rückschlag dieser Bewegung noch immer befürchte, was psychologisch erklärlich sei. Wenn Kapuziner Führer der bolschewistischen Bewegung gewesen wären, würde man diese heute ebenso verfolgen wie jetzt die Juden. Natürlich gebe es auch viele Juden in Ungarn, die starke Verfolgungen seitens der Bolschewisten zu erleiden hatten und er selbst kenne viele Fälle, in denen die Bolschewisten gegen die Juden in schrecklicher Weise vorgegangen seien. Immerhin bilden diese Verfolgungen nur einen vorübergehenden Zustand. *Auf die Dauer werde keine Regierung sich mit einem Programm der Judenverfolgung behaupten können, die allen Prinzipien der Gleichberechtigung widerspricht.* Im jetzigen Momente müssten jedoch die Juden aus psychologischen Gründen von selbst auf leitende Führerstellen verzichten, da die Erregung des Volkes und die Furcht vor der Rückkehr des bolschewistischen Regimes die Gemüter noch immer mit Angst erfülle.

Bezüglich der Ausweisungen meinte Exzellenz Apponyi, dass niemand deshalb interniert worden sei, weil er Jude ist; es wurden nur deshalb so viele Juden interniert oder ausgewiesen, weil man eben die Juden als Mitverschwörer des geplanten bolschewistischen Komplotts, das man glücklicherweise aufgedeckt habe, verdächtigt. Er hoffe, dass die Prinzipien der Gleichberechtigung und Freiheit, für die er immer eingetreten sei, nach dem Verschwinden der jetzt begründeten Angst vor dem Bolschewismus wieder zum Sieg gelangen werden.

Empfang Weizmanns in Triest.

Weizmanns erste Rede nach seiner Rückkehr aus Palästina.

Der Triester Q. Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet:

Prof. *Weizmann* ist am 29. Dez. aus Palästina kommend, in Triest eingetroffen, wo er von Dr. *Ruppin* erwartet wurde, zwecks Besprechung wichtiger und dringender Angelegenheiten.

Am 31. abends folgte Prof. Weizmann der Einladung der Triester zion. Ortsgruppe, um im Kultussaale über den Stand der Palästinafrage zu berichten. Prof. Weizmann wurde bei seinem Erscheinen stehend vom Publikum empfangen. Nach Absingen der Hatikwah wurde Weizmann namens der Triester Kultusgemeinde, vom Präsidenten, *Schutz*, begrüßt, der für die Ehre der Kultusgemeinde dankte, Weizmann als Vertreter der zion. Idee in ihrem Heime empfangen zu dürfen. Er wünsche den vollen Sieg des Zionismus an der Friedenskonferenz, damit das jüd. Volk wieder zu seiner alten Heimat komme. Weitere Begrüßungsansprachen hielten: Rabb. Dr. *Zoller*, Ing. *Mussaffia*, Präs. der zion. Ortsgruppe, Dr. *Morpurgo*, Präs. des „Fascio Giovanile Ebraico" und Guiseppe *Ottolenghi*, Vertreter der „Confederazione Cionistica Italia", der eigens nach Triest gekommen war, um im Namen der italienischen Föderation Weizmann begrüßen zu können. Er sprach die Bitte aus, Weizmann möge der Versammlung und allen Juden Italiens ein Wort des Trostes spenden und mitteilen, ob wir hoffen können, daß das große Werk der Erlösung seinem siegreichen Ende sich nähere. Alle Redner, bis auf Rabb. Zoller, der hebräisch sprach, bedienten sich der italienischen Sprache.

Prof. *Weizmann*, mit Hochrufen empfangen, erstattete seinen Bericht in französischer Sprache. Er sei von dem grandiosen Empfang überrascht, da er nur zufällig vor dieser Versammlung spreche und auch noch zu jung sei, um für seine Tätigkeit so grosses Lob zu ernten. Ueber Palästina, wo er während der letzten 18 Monate nahezu 10 Monate zugebracht hat, berichte er gerne. Das in Palästina eingeleitete Werk sei noch nicht zu Ende; er habe die besten Hoffnungen, jedoch werde es noch viel Mühe kosten zum ersehnten Resultat zu gelangen. Die Sache müsse sich in den nächsten Wochen entscheiden, da die Friedensverhandlungen mit der Türkei demnächst beginnen. Man glaube ja nicht, daß er die Sprache der Diplomaten spreche. Der Zionismus habe solch guten Anklang und Anhang an der Friedenskonferenz und besonders bei Balfour gefunden, weil eben die Juden Kol Jaakob — die nackte Wahrheit — gesprochen haben.

Was verlangen wir eigentlich? Nichts anderes, als daß die alte Stätte des jüdischen Volkes und der jüdischen Kultur an das jüdische Volk wieder zurückfalle. Das jüdische Volk hat das Mandat einer europäischen

Macht akzeptieren müssen und hat sich für England entschieden, das Garantien bietet, daß die Juden die ganze Tätigkeit, Arbeit und Kultur in ihrer Hand haben werden und frei von jedem Einfluß sich betätigen können. Jedoch wollen wir uns keineswegs auf Kosten anderer Nationen entwickeln.

Was das Verhältnis zu den Arabern anbelangt, so sind die so häufig in der Presse erwähnten Streitfälle teils unwahr, teils übertrieben. Die Araber waren oft das Werkzeug einer Hetzarbeit. Sie sind mit uns rassenverwandt, haben Sympathien für uns und sind redlich und arbeitsam, und es wird sicherlich nicht schwer fallen, die beiden Völker zu einem friedlichen Zusammenarbeiten für das Gedeihen des Landes zu vereinigen.

Die Juden erstreben keine Eroberungen und wollen sich auch nicht auf Kosten anderer bereichern; sie wünschen jedoch solche Grenzen, die das Land in den Stand setzen, möglichst viele Juden aufnehmen und ernähren zu können. Das Land hat unbegrenzte Möglichkeiten. So arm es auch erscheint da es noch nicht genügend bebaut ist, bildet es doch den Keim einer großen Kulturarbeit. Er sei kein Optimist, traue sich aber zu sagen, daß im Lande viel mehr Juden sich niederlassen können, als man im allgemeinen glaube. Es wird wohl notwendig sein, die Einwanderung in der ersten Zeit in gewissen Grenzen zu halten und nur solche Leute einwandern zu lassen, die eine nutzbringende Arbeitskraft darstellen, aber schon in den nächsten Jahren wird die freie Einwanderung in großem Maßstabe einsetzen können. So stellen wir uns unsere alte und neue Heimat vor. Sie wird uns zu neuem Ansehen bringen und antisemitische Greuel, die man sich jetzt uns gegenüber erlaubt, werden sich hoffentlich nicht wiederholen, sobald die Juden wieder ihr eigenes Kulturzentrum gefunden haben. Wenn auch dann außerhalb Palästinas noch immer mehr Juden als in Palästina leben werden, so muß man bedenken, daß auch mehr Griechen außerhalb ihres Vaterlandes leben als in Griechenland selbst, ohne irgendwelchen Verfolgungen ausgesetzt zu sein. Palästina wird die Juden überall beschützen, nicht weil es eine große Macht sein wird — obwohl es auch ein großes Territorium besitzen wird — sondern weil es eine große Zahl Landbewohner haben wird, groß infolge ihrer hohen Bestrebungen und ihrer friedlichen Kulturarbeit. Wir und die europäische Intelligenz werden nicht eher rasten und ruhen und Europa wird nicht eher zu seinem Frieden kommen bis die Juden zu ihrem territorialen Rechte gelangt sind.

Zum Schlusse schilderte Weizmann in poetischer Darstellung seine Ausflüge in die Umgebung Jerusalems und zu den Grabmälern der Propheten, wo die alten heiligen Stätten in unserem Geiste das Leben und Wirken unserer Vorfahren wachrufen. Von ihnen werden wir ermuntert, unsere Arbeit mit allem Fleiße und aller Ausdauer fortzusetzen, um sie zu einem glücklichen Ende zu führen.

Dr. Ruppin benützte die Zeit nach der Abreise Weizmanns nach Paris, um Besprechungen wegen des Zusammenarbeitens des sich in Triest gründenden Palästina-Amtes mit dem dortigen Reisebureau der Wiener Palästina-Reise- und Transportgesellschaft zu führen. Am Abend des 1. Januar begab sich Dr. Ruppin über Wien nach Deutschland, von wo er innerhalb eines Monates über Triest nach Palästina zurückzukehren gedenkt.

Weizmann in Paris.

Der Pariser G.-Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" telegraphiert: *Weizmann* ist aus Palästina in Paris eingetroffen. Von mir interviewt, hat er versichert, dass die gegenwärtige Lage für die jüdische Emigration nach Palästina sehr günstig sei und dass die englischen Behörden der zion. Kolonisation gewogen seien. Weizmann glaubt, dass es mit Hilfe der jüd. Nation leicht sein wird, im laufenden Jahre 30 000 Personen nach Palästina zu überführen und ihnen dort eine Existenzbasis zu schaffen.

Ein Brief Ussischkins.

Der Pariser P. Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: In der Meinung, dass die zion. Jahreskonferenz stattfinden werde, übersandte *Ussischkin*, der an der Spitze der zion. Palästinakommission steht, der Konferenz ein Begrüssungsschreiben. Der Inhalt dieses Briefes wirft ein helles Licht auf die gegenwärtige Lage des Zionismus.

Vor allem konstatiert Ussischkin sein völliges Einverständnis mit Weizmann bez. aller Palästinafragen. Was die Lage in Palästina anbetrifft, so stellt er folgende Forderungen auf:

Es ist notwendig, so schnell wie möglich die Lage der Juden in Palästina gesetzlich zu regulieren, damit wir nicht von den Launen der einzelnen Beamten abhängen.

Obwohl das Mandat noch nicht erteilt ist, ist auch eine grosse praktische Arbeit in Palästina bereits unter den jetzigen Verhältnissen möglich. Man müsste sofort das in unseren Händen sich befindende Land bearbeiten und kann bereits jetzt viel Land pachten, das man später käuflich erwerben könnte. Man kann und muss sofort eine grosse Reihe von öffentlichen Arbeiten beginnen, Häuser sowohl für private als für öffentliche Zwecke bauen und auch verschiedene Industrien lassen sich bereits jetzt entwickeln.

Trotz der mannigfachsten Parteiströmungen zeichnet sich das ganze palästinensische Judentum durch Liebe und Hingebung an das Land unserer Väter aus. Im Prozesse der Arbeit würde sich die Einheit aller Parteien manifestieren. Es ist aber notwendig, dass neue jüd. Einwanderer mit starken Nerven, mit materiellen Mitteln oder reichem Wissen ins Land kommen, um sich sofort am Aufbau unseres nationalen Heimes zu beteiligen.

Es ist notwendig, sofort grosse Finanzmittel zu schaffen, aber nicht auf dem Wege der Sammlung freiwilliger Gaben, sondern durch Gründung gut fundierter Finanzinstitute, da es sich nicht um Wohltätigkeit, sondern um den Aufbau eines Volkslebens handelt. Kein Augenblick ist zu verlieren, Arbeit ist möglich und alles hängt von dem Willen des Judentums ab.

Aus anderen Quellen erfahren wir, dass die Stellung Ussischkins in Palästina sowohl dem Judentum als auch der englischen Verwaltung gegenüber sich sehr gefestigt hat. Jetzt zeigt es sich, dass er der „right man on the right place" war.

Die angeblichen Unstimmigkeiten zwischen Weizmann und Ussischkin.

Bezüglich der von uns in No. 67 gebrachten Meldung, wonach die Londoner „Jewish Times" von Unstimmigkeiten zwischen Weizmann und Ussischkin berichtet, ersucht uns der „Waad Hazirim", Jerusalem, in einem heute eingetroffenen Schreiben vom 27. Dez. um Feststellung, daß diese Nachricht jeder Grundlage entbehre und auch bereits von Prof. Weizmann dementiert worden sei.

Die geplante Gelehrten-Konferenz.

Aus London wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Obwohl die Gelehrtenkonferenz, die sich mit dem Aufbau der hebräischen Universität in Jerusalem zu befassen hatte, verschoben wurde, dürfte die im Zusammenhange mit dieser Konferenz geleistete vorbereitende Arbeit nicht verloren sein. Sie hat dem zionistischen Erziehungs-Departement Gelegenheit gegeben, in engeren Kontakt mit einer grossen Anzahl jüdischer Gelehrten zu kommen. Ueberaus erfreulich ist das rege Interesse und der Enthusiasmus, der aus

fast allen Antworten zu Tage tritt. Von zahlreichen Gelehrten, die technischer Gründe halber an der Konferenz nicht hätten teilnehmen können, liefen Briefe ein, mit dem Ausdruck ihrer Sympathien für die geplante Sache. So von Lord *Rothschild*, F. R. S., Prof. Achille *Loria*, dem bekannten Nationalökonomen in Turin, Senator Prof. Vittorio *Polacco* (Rom), Prof. *Rosenheim*, vom nationalen Physik-Laboratorium Teddington, Prof. *Landau* (Göttingen), Prof. A. *Levi* (Ferrara), Prof. *Büchler* und Dr. *Daiches* vom Jew's College London und Prof. *Yahuda* (Madrid).

Prof. *Cohen* (Leeds) trug der künftigen Universität seine aktive wissenschaftliche Unterstützung an. Ihre Beteiligung an der Konferenz sagten zu: Prof. *Einstein*, der Schöpfer der Relativitätslehre, Prof. S. *Freud*, Schöpfer der Psycho-Analyse, Geheimrat Prof. Leopold *Landau* (Berlin), Prof. *Ornstein* (Utrecht), Prof. *Ehrenfest* (Leiden), Dr. *Epstein* (Zürich), Prof. *Dessau* (Florenz), Prof. *Almagina* (Rom), Prof. Franz *Oppenheimer*, (Frankfurt a./M.), Prof. *Salz* (München) Prof. *Morgenroth* (Kochinstitut), Prof. *Friedmann* (Berlin) Prof. *Landau* (Bern), Prof. *Ehrmann* (Wien), Prof. *Sobernheim* (Berlin), Prof. *Berliner* (Bern), Prof. *Torczyner* (Wien) u. A.

Die französischen Gelehrten, denen gerade, als man die Konferenz zu verschieben beschloss, Einladungen zugehen lassen sollte, hätten sicherlich eine ebenso rege Beteiligung an der Konferenz genommen. Wegen der kurzen, für die Organisierung der Konferenz zur Verfügung stehenden Frist war es unmöglich, Teilnehmer auch aus Amerika, Palästina und anderen entfernten Ländern zu erwarten. Aus dem gleichen Grunde musste auch die Liste der Eingeladenen in vieler Hinsicht unvollständig sein.

Eine Anzahl Gelehrter von Ruf hatte es freundlichst übernommen, Memoranden und Berichte vorzubereiten, in denen sie ihre Ideen über die spezielle Ausgestaltung der von ihnen vertretenen Fakultäten der Konferenz zur Beachtung vorzulegen gedachten. Diese Memoranden werden für die künftige Arbeit sehr nutzbringend sein. Prof. Alfred *Zimmern* (Wales) hatte einen Bericht über die philosophische Fakultät vorbereitet, Prof. *Brodetsky* (Bristol) einen solchen über Naturwissenschaften. Prof. *Goldzieher* (Budapest) hatte seine Ideen über den Unterricht der orientalischen Wissenschaften vorgelegt, während der Oberrabiner von Wien, Prof. *Chajes*, einen Bericht über Judaistik und Norman *Bentwich*, Oberster Richter in Palästina und früher Prof. in Cairo, ein Memorandum über die juristische Fakultät vorbereitet hatten. Dr. *Ruppin* hatte das Referat über die ökonomische Fakultät und das jüdische ökonomische Institut für das Studium der Mittelmeerländer übernommen.

Die begonnene Arbeit wird jetzt fortgesetzt werden. Prof. *Weizmann* wird verlässliche Informationen über die Lage in Palästina im Zusammenhang mit der Universitätsfrage mitbringen, wie auch die unter seiner Leitung ausgearbeiteten Entwürfe. Dann werden die endgültigen Beschlüsse über die Einberufung der Gelehrtenkonferenz zu einer passenden Zeit gefasst werden.

Wir haben jeden Grund, bei dieser Arbeit auf die wärmsten Sympathien und die tätige Mitarbeit der jüdischen Gelehrtenwelt zu rechnen.

Rundschreiben des zion. Palästinadepartements.

(Fortsetzung aus Nr. 73.)

Erster Anhang.

Wegweisende Grundsätze für Ansiedlergruppen.

Die Flugschrift unterscheidet zwei verschiedene Gruppen von Ansiedlern, die sogenannten „Achusoth", d. h. Plantagenbesitzer, die bezahlte Arbeiter beschäftigen und „Meschek", die das Land selbst bebauen.

Sie wendet sich zuerst den Achusoth zu. Das Endziel unserer Bodenpolitik ist die Erwerbung und Verteilung allen in jüdischem Besitze befindlichen Landes durch Vermittlung des Jüdischen Nationalfonds. Da jedoch die hiezu notwendigen gesetzlichen und finanziellen Grundlagen vorerst fehlen, kann man den privaten Landerwerb nicht entbehren, um für den jüdischen Ackerbau in kürzester Zeit soviel Boden als möglich zu sichern. Es wird jedoch unser Ziel sein, den privaten Grundbesitz soweit als möglich den Grundsätzen unserer künftigen Kolonisation anzupassen. Als Resultat dieser Prinzipien mögen folgende Regeln über die Bildung und den ökonomischen Charakter der Achusoth niedergelegt werden.

1. Gegenwärtig kann man den Anteil einer Achusah, die für den Unterhalt einer Familie ausreichen dürfte, auf ca. 2 000 Pfd. berechnen. Die Zahlung hat ratenweise zu erfolgen.

2. Um eine gleichförmige Bodenpolitik zu sichern, muss der Bodenerwerb durch eine zion. Zentralagentur erfolgen. Bei der Festsetzung der Anteile muss auf die Ansprüche öffentlicher Gebäude, wie Synagogen, Schulen, Spitäler gebührende Rücksicht genommen werden. Es soll auch dafür Sorge getragen werden, dass die Arbeiten der Achusoth möglichst durch jüdische Arbeiter ausgeführt werden.

3. Bis das Stadium der Produktivität erreicht wird, ist es die Aufgabe der Achusah, die Präparation der Plantagen (Pflanzungen) durch jüdische Arbeit zu bewerkstelligen. In erster Linie wird sie jüdische Arbeitergruppen engagieren, die durch spezielle Banken in den Besitz genügenden Betriebskapitals gesetzt werden und dadurch imstande sind, Arbeitskontrakte abzuschliessen, unter Garantie besagter Banken. Als Prämie für die Erfüllung eines solchen Kontraktes wäre den Arbeitern ein Teil der Pflanzung zu überlassen. Ein zu diesem Zwecke zu errichtendes Arbeitsbureau hätte das Verhältnis zwischen der Achusah und den Arbeitern zu regeln.

4. Auch die fertigen Plantagen sollten vorzugsweise, insofern sie nicht durch die Achusah-Mitglieder selbst bearbeitet werden, von der Bank unterstützten Arbeitergruppen übergeben werden.

5. Da die Pflanzungen vor 5—7 Jahren keinen Ertrag bringen, so können diejenigen Mitglieder der Achusoth, die die Mittel für ihren Unterhalt während dieser Zeit nicht besitzen, nicht nach Palästina auswandern.

Dieselben Grundsätze gelten auch für einzelne mit keiner Achusah verbundenen Pflanzer.

Die jüdisch-nationale landwirtschaftliche Kolonisation basiert auf einer arbeitenden Bauernschaft. Da die meisten Immigranten nicht aus Bauernkreisen kommen, so ist es für dieselben nötig, erst eine genügend lange Versuchszeit auf einer landwirtschaftlichen Siedelung durchzumachen, um ihre Anpassungsfähigkeit für den neuen Beruf zu erweisen.

Die Größe des Pachtgutes soll von solchem Umfange sein, daß sie dem Pächter und der Familie erlaubt, sich durch ihre Arbeit zu erhalten. Der Grund des kleinen Pachtgutes soll dem Ansiedler als erbliche Pachtung gesichert werden. Das von dem Ansiedler beizutragende Kapital soll natürlich so niedrig als möglich bemessen sein. Das Minimum muß mit etwa 200 Pfd. festgesetzt werden.

Ein solcher Anteil in einer Meschek-Vereinigung könne auch ratenweise gezahlt werden. Wer dieses Kapital nicht zur Verfügung hat, soll ermutigt werden, dasselbe als Arbeiter bei den Präparationsarbeiten zu erwerben.

Die Schaffung kleiner Pachtgüter soll so weit als möglich durch die Mitglieder des Meschek selbst vorgenommen werden, nachdem sie eine genügend lange Lehrzeit als Landarbeiter durchgemacht haben. Ohne diese Lehrzeit soll keine Pacht endgültig vergeben werden.

Die landwirtschaftlichen Kreditinstitute werden vor-

zugsweise denjenigen Ansiedlern, die ihr Land selbst bearbeiten, mit Hypotheken und anderen Krediten helfen; die anderen können erst in zweiter Linie berücksichtigt werden.

Wenn unter den Arbeitergruppen, die bei Vorbereitungsarbeiten beschäftigt sind, sich der Wunsch zeigt, sich auf kooperativer Basis niederzulassen, so sollen solche Wünsche in jeder möglichen Weise berücksichtigt werden.

Zweiter Anhang.

Finanzielle Vorbereitungen.

Die finanziellen Bedürfnisse für den Wiederaufbau von Palästina werden sehr gross sein. Die durch existierende oder künftige Institutionen zu beschaffenden Kapitalien können je nach ihrem Zweck in vier Hauptkategorien geteilt werden: 1.Administration, 2.Erziehung, Unterricht und soziale Wohlfahrt in der weitesten Bedeutung, inklusive Immigrantenfürsorge, 3. Gesundheitspflege, Krankenfürsorge und Sanierung des Landes und 4. eigentliche Kolonisation.

Die Kosten für die Administration müssen von der Organisation getragen werden. Um das für Erziehung und Unterricht nötige Kapital aufzubringen, wird ein besonderer Erziehungsfond geschaffen werden müssen mit einer separaten Administration. Die Frage der Fonds für soziale Wohlfahrt wird noch studiert und die in Aussicht genommene Form der Geldbeschaffung kann noch nicht zur Diskussion gestellt werden.

Das Geld für den Erwerb von nationalem Land muss aus freiwilligen Beiträgen aufgebracht werden, d. h. durch den Jüd. Nationalfonds, weil die Verwendung des Bodens und die Bedingungen seiner Vergebung an Kolonisten von volks- nnd nicht privatwirtschaftlichen Erwägungen bestimmt werden müssen.

Abgesehen vom Boden-Erwerb scheint kein Grund vorzuliegen, warum die Kolonisationsarbeit nicht durch Ausgabe von Aktien oder Anteilscheinen finanziert werden soll. Es ist schwer, bei einem so ungewöhnlichen Kolonisationsplan irgend eine Ziffer anzugeben. Immerhin werden, falls wir als Basis eine Ausgabe von 25 Millionen Pfd. für die Kolonisation annehmen, die folgenden Zahlen eine ungefähre Idee der Verteilung dieser Summe geben.

Land-Ankauf	Pfd.	5 000 000
Bodenvorbereitung	„	3 000 000
Ländlicher Hypothekenkredit . .	„	7 000 000
Städtischer Hypothekenkredit . .	„	3 000 000
Handels-Industrie u. Kooperativkredit	„	2 000 000
Oeffentliche Arbeiten	„	5 000 000
Total	Pfd.	25 000 000

Da in einem Lande wie Palästina die öffentlichen Arbeiten sich nicht von Anfang an aus der Verwaltung oder dem Betrieb der öffentlichen Einrichtungen selbst bezahlt machen werden, wird es nötig sein, zu prüfen, inwieweit andere öffentliche Einnahmequellen für den Zinsen- und Amortisationsdienst herangezogen werden können.

Die Jüd. Kolonialbank wird als Sammelstelle aller Gelder dienen, die im Laufe der Zeit für die produktive Arbeit aufgebracht werden. Die Statuten dieser Bank sichern die öffentliche Kontrolle der geeigneten Verteilung. Das eingezahlte Kapital soll durch Aktienemission auf 2 Millionen Pfd. erhöht werden. Mit diesem Kapital stehen der Jüd. Kolonialbank in erster Linie folgende Aufgaben bevor: Sie wird dazu beitragen, das Kapital der Anglo-Palestine Company auf 1 Million Pfd. zu erhöhen, indem sie ihren Aktien-Anteil auf 501 000 Pfd. vergrössert. Wir hoffen, dass es uns gelingen wird, die 499 000 Pfd. des neuen Kapitals ohne Inanspruchnahme öffentlicher Subskriptionen aufzubringen. Die künftige Aufgabe der Anglo-Pal. Comp. wird es sein, den Handel und die Industrie zu unterstützen, während alle anderen Geschäftszweige neuen Gesellschaften zuzuweisen sein werden. Die Errichtung einer Hypothekenbank für städtischen und ländlichen Kredit ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe. Diese Bank muss imstande sein, für 10 Millionen Pfd. Hypothekar-Darlehen zu geben, sobald die Gesetzgebung die nötigen Bedingungen geschaffen haben wird. In diesem Falle ist es unsere Absicht, dass die Jüd. Kolonialbank das ganze Kapital übernehmen soll, um von Anfang an den Einfluss privater kapitapistischer Interessen auszuschliessen.

Wir haben bereits erwähnt, dass unter Mitwirkung der Jüd. Kolonialbank eine Summe von 80 000 Pfd. beschafft worden ist, um Arbeitern und Handwerkern, die in kooperativen Gruppen organisiert sind, Erleichterungen zu verschaffen.

Ferner wird die Errichtung von Gesellschaften oder Korporationen für die Ausführung von öffentlichen Arbeiten in Betracht gezogen. Wir glauben, dass die verhältnismässig kleine Summe von 2 Millionen Pfd. für die Jüd. Kolonialbank und für die Anglo-Palestine Company genügen wird, um uns in den Stand zu setzen, die gegenwärtige Arbeit der finanziellen Vorbereitung auszuführen. Wir sehen es als ausserordentlich wichtig an, dass in dem Augenblick der Mandatserteilung diese Summe bereits gesichert ist, um als Basis für unsere weiteren finanziellen Pläne zu dienen. Wir haben die Absicht, den Föderationen bezüglich der Ausführung dieser wichtigen Pläne in der nächsten Zukunft weitere Weisungen zukommen zu lassen.

Albert Einstein.

Das „Neue Wiener Journal“ veröffentlicht eine Unterredung eines Berliner Mitarbeiters, Joel, mit Professor Albert *Einstein*, dem Schöpfer der Relativitäts-Theorie. U. a. dementiert Professor Einstein die Meldungen englischer Blätter von seiner Uebersiedlung an die zu begründende Universität in Jerusalem. Er sagt hierüber: „Nichts liegt mir ferner. Ich fühle mich hier in Berlin außerordentlich wohl. Das sonderbare Gerücht kann nur dadurch entstanden sein, daß ich als Jude selbstverständlich lebhaften Anteil an derartigen Bestrebungen nehme. Ein Lehrauftrag für die Universität Jerusalem ist für mich schon deswegen eine Unmöglichkeit, weil ich gar nicht der hebräischen Sprache mächtig bin. Und dann wäre wohl theoretische Physik ein Lehrgegenstand, an den man erst in allerletzter Linie bei der neuen Hochschule in Jerusalem denken wird. Man fängt doch bei dem Bau eines Hauses nicht mit dem Dache an. Ich habe diesem Gerücht nicht widersprochen, weil ich viel zu tun hätte, wenn ich all die über mich umlaufenden Gerüchte widerlegen sollte.

— Im Berliner Tageblatt vom 30. Dez. veröffentlicht Prof. *Einstein* einen warmen Artikel gegen die in Deutschland betriebene Hetze gegen die eingewanderten Ostjuden. Die Behauptung, 70.000 Russen d. h. Ostjuden, lebten allein in Berlin, sei, was die Juden anbelangt, sicherlich übertrieben. Nach massgebender Schätzung sollen nicht mehr als 15.000 Juden aus dem Osten zugewandert sein, die eine Zufluchtsstätte finden wollen, bis ihnen die Möglichkeit zur Weiterwanderung gegeben wird. Hoffentlich werden viele von ihnen in dem neu entstehenden jüd. Palästina als freie Söhne des jüd. Volkes eine wahre Heimat finden. Die vorgeschlagenen Konzentrationslager werden sicherlich nicht die großen Schieber, die bereits längst Vorkehrungen getroffen haben, die sie behördlichen Zugriffen entziehen, füllen, sondern jene Armen und Unschuldigen, die unter unmenschlichen Entbehrungen den Weg nach Deutschland gefunden haben und hier Arbeit suchen. Nur diese, der deutschen Volkswirtschaft sicher unschädlichen Elemente, werden in den Konzentrationslagern körperlich und seelisch verkommen. Die verkehrte Politik, Tausende zwangsweise während des Krieges nach Deutschland gebrachte ostjüd. Arbeiter

plötzlich zu entlassen und dadurch brotlos zu machen und sie systematisch von Arbeitsgelegenheiten fern zu halten, mußte tatsächlich Menschen, die nicht mit ihrer Familie verhungern wollen, zum Schleichhandel zwingen. Jede „Ausweisungsverfügung" hätte nur die Wirkung, daß die schlechten und schädlichen Elemente im Lande bleiben, dagegen die Arbeitswilligen ins bitterste Elend und zur Verzweiflung getrieben werden. Befremdend ist, daß selbst führende Politiker nicht überlegen, wie schwer durch die von ihnen gewünschte Behandlung der Ostjuden die politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands beeinträchtigt wird. Die Austreibung der Ostjuden, welche namenloses Elend zur Folge hätte, würde aller Welt als ein neuer Beweis „deutscher Barbarei" erscheinen und einen Anlaß bieten im Namen der Menschlichkeit den Wiederaufbau Deutschlands zu erschweren.

Brief Emir Feysuls an Herbert Samuel.

Emir *Feysul* hat vor seinem Verlassen Europas folgenden Brief an Herbert *Samuel* gerichtet: Sehr geehrter Herr Samuel! Es freut mich sehr zu erfahren, daß sie die Gelegenheit der Delegationsfeier benutzt haben, um mit dem Mißverständnis aufzuräumen, das durch die Veröffentlichung meines Interviews in dem „Jewish Chronicle" entstanden ist. Ich bin fest überzeugt, daß das zwischen uns bestehende gemeinsame Vertrauen und die vollkommene Uebereinstimmung unserer Standpunkte, die ein Einverständnis zwischen mir und Dr. Weizmann ermöglicht haben, in der Zukunft ähnliche Mißverständnisse vermeidet und die für den Frfolg unserer „common cause" so notwendige Harmonie bestehen läßt.

Verschiebung der Konferenz der „Zeire Zion" und „Hapoel Hazair".

Aus London wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich" gemeldet:

Infolge der Verschiebung der zion. Jahreskonferenz wird die geplante Konferenz der „Zeire Zion" und des „Hapoel Hazair" nicht in Basel, sondern in einem Orte Zentral-Europas stattfinden und zwar voraussichtlich Mitte Februar.

Für die Konferenz sind bereits in Palästina, Polen, Litauen, Deutschland, Tschecho-Slovakei und Oesterreich Delegierte gewählt worden. Aus Palästina kommen 9 Delegierte, darunter A. D. *Gordon*, Josef *Ahronowitz*, Jakob *Rabbinowitz*, Elieser *Jaffe* und *Twerski*.

Chronik.

Russland.

Die Bolschewiken gegen den Zionismus.

Moskau, 22. Dez. (Funkspruch) Das Kommissariat für israelitisch-nationale Angelegenheiten und der Hauptverband der jüd. Kommunisten wenden sich in einem Aufruf an alle Juden der Erde, sich nicht der zion. Partei anzuschliessen, welche mit der Entente Hand in Hand arbeite, keine Freiheits-, sondern imperialistische Politik betreibe, die eingesessenen Araber aus Palästina ausweisen wolle und zur Aufstellung jüd. Legionen ihre Zustimmung gegeben habe, die in Kleinasien gegen das Selbstbestimmungsrecht des türkischen Volkes kämpfen. Im zaristischen Rußland seien die Juden jahrzehntelang geknechtet worden und niemals hätten sich die führenden Zionisten des Schicksales der Juden ernstlich angenommen, weil es nicht in die englische Politik passte, welche damals wie heute hinter dem Zionismus stehe. Die russische Revolution habe die Juden gleichberechtigt gemacht, sie könnten sich jetzt als Bürger des Landes fühlen wie die anderen Völker Rußlands. Dies sei aber nicht durch den Zionismus, sondern nur durch den Sozialismus zu erreichen gewesen. (Wiener Morgenzeitung.)

Das hebräische Theater in Moskau.

Die hebräische Theatergesellschaft „Habimah" in Moskau hat im Laufe des letzten halben Jahres bedeutende Fortschritte gemacht. Die künstlerische Ausbildung wurde erweitert, seidem die künstlerische Leitung in die Hände von E. B. *Wachtangow* gelegt wurde. Wachtangow, ein hervorragender nichtjüdischer Künstler, ist ein begeisterter Verfechter der hebräischen Theateridee. Gelegentlich seines letzten Besuches in Petrograd machte er u. a. folgende interessante Mitteilungen über die Habimah. Wir gedenken, demnächst die Werke von An-ski „Dibuk" und „Menachem" zur Aufführung zu bringen. *Unsere Truppe ist fest entschlossen, bei der ersten Möglichkeit nach Palästina zu übersiedeln.* Die Habimah stellt sich ihre Aufgabe nicht anders vor, als in engster Fühlung mit dem jüdischen Volke in seiner historischen Heimat, in Palästina, zu arbeiten. Gleichzeitig will sie aber nicht den geistigen Zusammenhang mit ihrem Schöpfer und Begründer, dem Moskauer Künstlertheater verlieren, und deshalb wird voraussichtlich auch in Zukunft eine Zweigabteilung der Habimah in Moskau bestehen bleiben. Die Truppe zählt gegenwärtig 25 Mitglieder.

Ukraine.

Neue Judenpogrome der Denikinschen Banden.

Laut „Moment" hat das Pogromhilfskomitee in Warschau am 25. Dez. Nachrichten über neuerliche Pogrome erhalten, die Banden und „Beamte" in den von Denikin okkupierten Gebieten veranstaltet haben. Eine ganze Reihe von Städten und Städtchen, über die die Welle der Pogrome schon einmal gerast hat, wurden zum zweitenmale von Judenpogromen heimgesucht.

Aus dem Denikinschen Gebiete.

Bevor *Kiew* von den Bolschewiki zurückerobert wurde, hatte der dortige jüd. Gemeinderat eine Resolution angenommen, die erklärt, dass die Juden infolge der Pogrome nicht imstande seien, am Wiederaufbau eines geordneten gesunden Russland teilzunehmen. Bekanntlich hat die Kiewer antisemitische Presse Gerüchte verbreitet, als ob die Juden aus ihren Häusern auf die Volontärarmee geschossen hätten. Dabei wurden sogar die Namen der Strassen uud die Nummern der Häuser angegeben. Eine russische Untersuchungskommission, an der der Oberbürgermeister der Stadt, *Riabtzoff,* und der bekannte orthodoxe Priester, *Aggejeff,* teilgenommen haben, hat alle diese Angaben verifiziert und als *erlogen* nachgewiesen. In vielen der angegebenen Häuser wohnten gar keine Juden. In einem Hause wohnten Offiziere der Volontärarmee.

Litauen.

Der Kownoer Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" schreibt:

Auch der litauische Staat ist von der Pogrom-Epidemie erfasst worden. Nach einem dreitägigen heissen Kampfe zwischen den litauischen Truppen und denjenigen Bermonds, wurde die Stadt Radziwilischki am 25. Nov. von den Litauern eingenommen. Sofort nachdem die litauischen „Erlöser" in die Stadt eingerückt waren, raubten sie die jüd. Läden aus und fingen an, die jüd. Häuser zu pogromieren. Ohne von jemand gestört zu werden, setzten sie ihre rohe Arbeit während eines ganzen Tages fort. Wer weiss, wie lange dieser Zustand gedauert hätte, wenn sie nicht auf den Befehl des Herrn *Nissel* (das Haupt der englischen Mission in Litauen) die Stadt hätten verlassen müssen. 150 jüd. Läden und fast alle jüd. Häuser wurden gänzlich ausgeraubt. Menschenopfer sind keine zu verzeichnen, dagegen ist der materielle Schaden sehr gross. Eine jüd. Deputation mit dem gewesenen Unterstaatssekretär *Rosenbaum* an der Spitze, hat bei dem litauischen Premierminister *Galwanauski* interveniert, auch der

Minister für jüd. Angelegenheiten in Litauen, *Soloweitschik*, hat sich schriftlich an ihn gewendet, er solle den Kommandanten von Radziwilischki seines Postens entheben und die Schuldigen bestrafen. Galwanauski versprach, ein Rundschreiben an alle höheren Offiziere zu senden, worin sie aufgefordert werden, strenge Massnahmen zur Verhinderung weiterer Pogrome zu treffen. Falls irgendwo wieder ein Pogrom stattfinden wird, würden sie dafür die Verantwortung tragen. Advokat *Rosenbaum* hat sich an Ort und Stelle begeben, um die Sache zu untersuchen und die Schuldigen ausfindig zu machen.

Polen.

„Hazefira" als Tageblatt.

Mit dem 1. Januar wurde „Dos Judisze Folk" mit dem „Tog", früher „Hajnt" vereinigt und wird unter dem Namen „Najes fyn Hajnt" als zionistisches Organ erscheinen, unter Redaktion von Abg. *Grünbaum* und Dr. *Gottlieb*. Offizielles Organ der zion. Organisation wird der ab Januar als Tageblatt erscheinende hebräische „Hazefira" sein. Redakteur ist Abg. *Grünbaum* und Mitredakteure *Rosenfeld* und *Frank*.

Warschau. Der Ministerrat hat die Befreiung der ostgalizischen Internierten beschlossen. Die Befreiten werden in ihre Heimatgemeinden entlassen und gegebenenfalls dort noch konfiniert.

— Auch das zweite Mitglied der englischen Untersuchungskommission, Kapitän *Wright*, hat bereits Warschau verlassen und sich via Paris zugleich mit dem Sekretar erwähnter Kommission, *Filips*, nach London begeben.

— Die jüdische Gemeinde in Lodz hat zwei Delegierte nach Warschau zum Ministerium für religiöse Angelegenheiten abgesandt mit einer Petition wegen der Kassierung des hebräischen Unterrichts in den jüdischen Volksschulen.

Lublin, 31. Dez. Vor 3 Monaten war das „Tageblatt" infolge Abdruckes eines Artikels von Zangwill konfisziert worden. Der heute in dieser Angelegenheit vorgeladene Redakteur *Nissenbaum* wurde in Untersuchungshaft gesetzt.

Tschecho-slovakischer Staat.

Die Nationalität der Pressburger Jeschiwah-Bachurim.

Ein Redakteur der „Preßburger Zeitung" hatte eine Unterredung mit dem Schulreferenten des Bratislavaer Ministeriums, Regierungsrat Anton *Stefanek* über das Unterrichtswesen in Preßburg und erhielt von ihm zwecks Veröffentlichung eine statistische Aufstellung der nationalen Gliederung und der Unterrichtssprachen in den verschiedenen Preßburger Schulanstalten. Ueber die Jeschiwah teilte Regierungsrat Stefanek folgendes mit:

„An der Rabbinatsschule bestehen 3 Abteilungen; dieselbe zählt 52 Hörer, hievon erklärten sich 23 als *Slovaken*, 21 als *Deutsche* und 8 als *Magyaren*. Der Unterricht erfolgt im hebräisch-deutschen Jargon."

Dazu bemerkt die Preßburger „Jüdische Zeitung": Nun weiß wenigstens die Oeffentlichkeit, wie verschieden die Nationalität der hiesigen Bachurim ist. Ob die 23 Slovaken und die 8 Magyaren dem Unterricht im hebräisch-deutschen Jargon folgen können, ist in dieser merkwürdigen Statistik nicht angegeben. . . .

— Ein Prager Blatt bringt die Meldung, daß in der Totenhalle des jüdischen Friedhofes bereits seit drei Monaten eine sechsköpfige Judenfamilie wohne, die in Prag keine Wohnung finden konnte. Von den Kindern sind zwei schulpflichtig, während die übrigen zwei noch klein sind. Die Familie schläft auf Strohsäcken, die auf Steinfliesen der Totenhalle gelegt werden.

Rumänien.

Rumänien betrachtet den Vertrag über die Minoritäten als Papierfetzen.

Es ist kaum eine Woche vergangen, daß die rumänischen Delegierten den Friedensvertrag unterzeichnet haben, und schon sucht Rumänien auf jede Weise ihn zu sabotieren. Die rumänische Regierung hat soeben einen Feldzug gegen diesen Vertrag eröffnet. Dieser Feldzug hat sein Echo in der französischen Presse gefunden. Am 25. Dez. veröffentlichte der „*Temps*" eine Note, die dem rumänischen Pressebüro, dem offiziellen Organ der Regierung von Bukarest, entstammt und die folgende sehr bezeichnende Sätze enthält:

„Immerhin, das ganze Land und alle politischen Parteien betrachten die Klauseln des Vertrages als unvereinbar mit der Würde und der Souveränität des rumänischen Staates". Und weiter: „Herr Vaïda-Voevod hat sich zur Annahme entschlossen, obgleich er die Ungerechtigkeit gewisser Klauseln erkannte, in der Hoffnung, dass Rumänien auf diese Weise eine Veränderung in den feindlichen Gefühlen gewisser Alliierter herbeiführen würde und durch *neue Verhandlungen die gewünschten Abänderungen erlangen würde*".

Die Note geht sogar so weit, Drohungen auszustossen: „Die gegenwärtige Lage kann sich stabilisieren, aber es kann auch sein, daß *gefährliche Bewegungen entstehen*, wenn alle Veränderungen des Vertrages zurückgewiesen werden".

Diese „gefährlichen Bewegungen", das sind die *Pogrome*, mit denen man die jüd. Bevölkerung Rumäniens bedroht. Die rumänischen Behörden erwecken künstliche Manifestationen gegen den Vertrag, um das Ausland zu täuschen. So veröffentlichte der „Temps" am 26. Dez. ein Telegramm aus Bukarest, wonach der Stadtrat dieser Stadt dem Minister des Innern, seine Demission eingereicht hätte, um gegen die Unterzeichnung eines Friedens zu protestieren, die die Unabhängigkeit und die Würde des rumänischen Volkes erniedrige".

Nun ist die Nachricht in dieser Form falsch. Tatsächlich wurde der Stadtrat von Bukarest, dessen Funktionen gezwungenerweise, infolge der bevorstehenden Wahlen, zu Ende gingen, aufgelöst und durch einen provisorischen Rat ersetzt. Es ist offensichtlich, dass man die Situation benützt hat, um den provisorischen Rat zu einer Manifestation gegen den Friedensvertrag zu veranlassen.

Man muss auf andere Manifestationen dieser Art in nächster Zeit vorbereitet sein. Uebrigens *denkt die rumänische Regierung durchaus nicht daran, den Minoritätenvertrag auszuführen*, sie gibt sich im Gegenteil den Anschein, ihn gar nicht zu kennen. Als der neue Ministerpräsident, Herr Vaïda-Voevod in seiner unlängst gehaltenen Programmrede die jüd. Frage berührte, hat er erklärt, dass diese Frage in dem Gesetz-Erlass vom 22. Mai 1919 entschieden worden sei, und er hat keine Andeutung auf den bereits unterzeichneten Vertrag gemacht. Nun ist dieser Gesetz-Erlass vollständig ungenügend, während durch den Minoritätenvertrag die jüd. Frage auf vollständige Weise gelöst ist. Diese Tatsache, den Vertrag in einem so entscheidenden Punkte zu ignorieren, zeigt die Stellung der rumänischen regierenden Männer in diesen wichtigen Fragen.

Siebenbürgen.

Die jüdische Jugend der Universität in *Klausenburg* richtet in der Wochenschrift „Uj Kelet" einen Aufruf an die Juden Siebenbürgens, im Hinblick auf die sich immer mehr verschlimmernde materielle Lage der jüd. Studenten eine jüdische streng rituelle *Mensa academica* zu errichten, verbunden mit einem *jüdischen Heim*.

An der Universität in Klausenburg befinden sich

gegenwärtig ca. 300 jüdische Hörer. Für die Errichtung der Mensa wird eine Million Kronen benötigt.

Ungarn.

Die Internierung der galizischen Juden in Ungarn hat begonnen.

Aus Budapest wird berichtet, daß die Ausweisung und Internierung der galizischen Juden in Ungarn begonnen hat. Vom Josefstädter Bahnhofe aus wurde der erste Zug mit ungefähr 700 Ausgewiesenen abgelassen. Der Zug nahm die Richtung Kaschau.

— Der Fiumaner Importeur Bernhard *Braun* hat der Pester orthodoxen Chewra Kadischah für einen wohltätigen Zweck eine halbe Million Kronen übermittelt, die zur Errichtung eines kleineren Spitals mit streng ritueller Verköstigung Verwendung finden werden.

Deutschland.

Ein Emigrations-Ausschuss.

Beim Verband der Ostjuden in Deutschland ist ein besonderer Emigrations-Ausschuss gebildet worden, dem folgende Herren angehören: Moritz *Brenner*, Redakteur Dr. *Hellmann*, Dr. N. *Katzenelsohn*, Max *Lewit*, Josef *Lin*, Paul *Sachs*, E. *Scalit*, T. *Scalit*, Davis *Trietsch* und Ing. *Warschawsky*. Der Ausschuss soll durch Hinzuziehung anderer auf dem Gebiete der jüdischen Emigrationsfragen kompetenter Persönlichkeiten erweitert werden und mit den in Betracht kommenden Organisationen an den grossen und schweren Aufgaben der Regulierung der jüdischen Emigration gemeinsam arbeiten. Die Geschäftsstelle des Emigrations-Ausschusses ist: E. Scalit, Berlin W, Knesebeckstr. 96.

Ostjüdische Konferenz.

Um die Richtlinien für die ostjüdische Arbeit in Deutschland festzusetzen, hat der Verband ber Ostjuden in Deutschland auf den 1. und 2. Februar nach Berlin — Sitzungssaal der Jüd. Gemeinde, Rosenstraße 2 — eine ostjüdische Konferenz einberufen. Von den Referaten seien hier erwähnt: Die Stellung der Ostjuden in den jüd. Gemeinden (Dr. Alfred Klee), Die rechtliche Lage der Ostjuden in Deutschland (Rechtsanw. Feblowicz), Die Erziehung unserer Jugend (Dr. Wilh. Lewy).

— Es wird beabsichtigt, in *Frankfurt* a/M. eine Organisation der hebräischen Lehrer zu begründen. Interessenten werden gebeten, ihre Adresse an Dr. *Rabin*, Röderbergweg 17 oder Dr. *May*, Mittelweg 20, schriftlich mitzuteilen.

— Dem Rektor für talmudische und spätjüdische Wissenschaften an der Universität Leipzig, Israel *Kahan*, wurde vom sächsischen Kultusministerium der Titel Professor verliehen. Professor Kahan ist einer der bedeutendsten Gelehrten auf dem Gebiete der spätjüdischen Literatur- und Religionsgeschichte.

— Anläßlich der Palästinawoche las *Ernst Deutsch* zum Besten des Palästina-Aufbau-Fonds im Blüthner-Saal jüdische Poesie. Aus diesem Anlaß schrieb das „Berliner Tageblatt“: Wie wohl jemand, ohne religiös zu sein, bewundernd zu der Erzählungskunst der Bibel aufschauen kann, mußte sich auch der Nicht-Zionist vor der Hoheit dieses Abends beugen. Es war eine herrliche Vermählung von Körper und Geist. Dem wirtschaftlichen Zweck diente ein seelischer Inhalt: der Begriff „Zion“ wurde im symbolischen Sinne gebraucht.

England.

Schreiben Zangwills und Nordaus.

Bei einer in London stattgefundenen zion. Versammlung wurde ein Schreiben *Zangwills* verlesen, worin er sein großes Bedauern über den Aufschub der Baseler Konferenz ausspricht. Nach Abschluß des Friedens mit der Türkei werden die Zionisten vor einem fait accompli stehen und die weiteren Konferenzen oder Kongresse werden nichts anderes als eine reine Formsache sein, abgesehen natürlich von der zu leistenden Arbeit, die den Charakter des „Chowewe Zionismus“ — nur in größerem Maßstabe — tragen wird. Es wäre wichtig gewesen, daß die Richter des Friedensrates einen Begriff bekommen hätten, was dem jüd. Volk in der Wirklichkeit not tut, und dass die solange von einander getrennten Zweige der zion. Organisation *gemeinschaftliche* Beratungen pflegen. Diese Möglichkeit wurde nicht ausgenützt und dem kann nicht mehr abgeholfen werden.

Nordau erklärte in seinem Schreiben, daß er mit dem Faktum rechne, daß Palästina unser sein wird, unser nicht als „Homeland“, nicht als Zentrum, sondern einfach als unser Land und unser Staat. Es ist kein Grund vorhanden, unklare Worte oder Methoden von Camouflage zu gebrauchen. Wir müssen den Mut haben, klar, deutlich und offen zu sagen was wir denken. Wer mit weniger zufrieden ist als einen jüd. Staat, der vorerst unter Schutz Englands als Mandatar und nachher in Unabhängigkeit dasteht, ist kein *politischer Zionist*, sondern etwas ganz anderes, für das er sich erst irgend einen beliebigen Namen erdenken und auswählen kann.

Eine Vertretung der englischen Juden in der jüdischen Delegation.

Wie schon gemeldet, (s. J. P. Z. No. 71) hat sich Sir Samuel *Stuart* kürzlich für eine Beteiligung des Board of Deputies, an dem Komitee der Jüd. Delegationen bei der Friedenskonferenz ausgesprochen. Aus London wird nur berichtet, daß die diesbezüglichen Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen und daß Sir Stuart *Samuel* und Lucien *Wolf* in die Delegation eintreten dürften.

Griechenland.

Die „Agence d'Athènes“ telegr. der „J. P. Z.“: Die „Esperanza“, das offizielle Organ der zion. Föderation, dankt *Politis*, dem Minister des Auswärtigen, für die in der griechischen Kammer zugunsten der Juden abgegebenen Erklärungen. Die Zeitung schreibt, dass diese Erklärungen in den jüd. und zion. Zentren der ganzen Welt angenehm berühren werden.

— Die jüd. Presse in Saloniki protestiert gegen die Tatsache, daß das „Hôpital Hirsch“ das einzige jüd. Krankenhaus in Saloniki, noch immer von dem serbischen Kommandanten okkupiert bleibt, ungeachtet dessen, daß bereits alle serbischen Kranken nach Altserbien transportiert worden sind und Hunderte von jüd. Kranken infolge Platzmangels keine Aufnahme finden können,

— Die griechische Regierung bewilligte für die jüd. Schulen in Saloniki 150000 Drachmen. Die Stadtgemeinde hat sich ausserdem verpflichtet, weitere Summen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Amerika.

Lansing über die ukrainischen Pogrome.

Der amerikanische Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet: Die jüdische Delegation, bestehend aus Mitgliedern des amerikanisch-jüdischen Kongresses und des Protestkomitees gegen die ukrainischen Judenpogrome in New-York, Chikago, Philadelphia, Boston und Baltimore, wurde von Staatssekretär *Lansing* empfangen. Lansing erklärte folgendes: „Ihr Protest ist auch der Protest der Amerikaner. Niemand bedauert diese schrecklichen Geschehnisse mehr als wir hier im Staatsdepartement, aber beim besten Willen etwas in der Sache zu tun, fürchte ich, daß wir beinahe hilflos sind. In der Ukraine gibt es jetzt keine verantwortliche Regierung und nicht einmal verantwortliche militärische Führer. Es gibt keinen, mit dem man sich in eine Diskussion einlassen könnte. Die dortigen militärischen Führer gleichen denen des Mittelalters. Es wurde vorgeschlagen, Amerika soll eine ge-

meinschaftliche Kommission gemeinsam mit anderen Ländern nach der Ukraine entsenden. Bisher fanden wir es nicht für praktisch, solche gemeinschaftliche Kommissionen zu entsenden, aber jetzt wissen wir nicht einmal, ob wir eine eigene Kommission delegieren können, weil sie nicht hat an wen sich zu wenden und eventl. sogar in Lebensgefahr geraten könnte, da die dortigen militärischen Führer von nichts hören wollen, außer wenn man ihnen Munition bringt.

Wir haben jedoch alles, was möglich ist, getan. Dieser Tage entsandten wir einen amerikanischen Generalkonsul nach Odessa, mit dem Auftrage die Pogromfrage zu studieren und zu berichten, was zu ihrer Abstellung sich tun liesse. Davon erwarten wir sehr viel Gutes. Was die Zukunft anbelangt, kann ich Sie versichern, daß wenn die Zeit der Verhandlungsmöglichkeiten mit Süd-West-Rußland und den anderen Teilen Rußlands — ich möchte nicht, daß Rußland zerstückelt werden soll — gekommen sein wird, die Ukraine oder irgend eine andere Nation solange nicht anerkannt werden wird, bis sie nicht genügend Garantien gegeben hat, daß sie die Juden gegen Pogrome beschützen und auch ihnen Minoritätsrechte erteilt haben wird."

Trotz des letzten Passus hat die Antwort Lansings keineswegs befriedigt. Fast alle jüd. Zeitungen, vom linksstehenden „Forward" bis zum rechtsstehenden „Jewish Morning Journal" bezeichnen das Resultat als Bankrott der jüd. Diplomatie. Sie erheben den Vorwurf, dass ein Teil der Juden nicht mit genügender Liebe und Ethusiasmus der Sache sich angenommen habe, in der Befürchtung, man könnte sie der Sympathien für den Bolschewismus verdächtigen. Sie hätten sonst die Antwort Lansings nicht stillschweigend hingenommen und wären um keine Antwort verlegen gewesen. Zumindest hätten sie die Delegierung einer jüd. Kommission sofort verlangen müssen unter Betonung, daß eventl. Lebensgefahr für die Kommissionsmitglieder nicht abschrecken dürfe, wo es so viele jüd. Opfer gegeben hat. Tatsächlich wird die Entsendung einer solchen jüd. Kommission weiter verlangt. Gleich nach der Rückkehr von Lansing, begannen unter Vorsitz von Rabb. *Stephen Wise* die diesbezüglichen weiteren Beratungen. Der Vorschlag von *Schalem Asch*, daß diese Konferenz selbst sofort die Kommission ernennen solle, wurde verworfen unter Begründung, daß diese Konferenz keine permanente sei, sondern einzig und allein den Auftrag hatte, bei Lansing zu intervenieren. Es wurde eine Resolution angenommen, daß die Konferenz es unbedingt für notwendig erachtet, ehestens eine einzige und vereinigte Kommission nach der Ukraine zu entsenden, deren Zusammensetzung in wirksamster Weise für die Hilfeleistung an die ukrainischen Juden Gewähr bieten soll. Ein Neuner-Komitee soll eine Konferenz zwischen dem amerikanisch-jüdischen Kongreß, dem Jewish Distribution Committee, der Föderation der ukrainischen Juden und anderen ähnlichen Körperschaften einberufen um die Wahl dieser Kommission vorzunehmen.

— Das Komitee der New-Yorker Delegierten des amerikanisch-jüdischen Kongresses hat für den 4. Jan. eine Konferenz der Delegierten aus New-York und Umgebung einberufen. Die Beratungen sollen sich mit dem Termin der Wiedereinberufung des amerikanisch-jüdischen Kongresses beschäftigen, sowie mit der Frage, ob sich dieser Kongreß auch mit konstruktiver Hilfsarbeit befassen soll. Auch über eventuell zu unternehmende Schritte zwecks Einberufung eines allweltlichen jüdischen Kongresses sollen Beratungen stattfinden.

Palästina.

Eine französische Mission in Palästina.

Frankreich hat eine Mission nach Palästina entsandt. Der Mission, der Kardinal *Dubois* und zwei Bischöfe angehören, ist bereits in Jaffa eingetroffen. In Gegenwart der englischen Behörden hat die Mission ihren feierlichen Einzug in Jerusalem gehalten.

Ankunft Klausners und Glücksohns nach Palästina.

Der palästenensische Korrespondent der „Jüd. Presszentrale Zürich" berichtet:

Der Dampfer „Russland", der an Bord über 600 Juden aus Odessa mit sich führte, ist am Mittwoch Abend den 17. Dez. in Jaffa angelangt (s. „J. P. Z." Nr. 69 und Nr. 73). Die Reisenden konnten jedoch bis zum Freitag Morgen nicht an Land gehen, weil das Meer gerade in jenen Tagen sehr stürmisch war und die kleinen Schiffe das Meer nicht befahren konnten. (Bekanntlich können grosse Dampfer im Jaffaer Hafen nicht landen, sondern werden weit vom Ufer verankert und die Passagiere und Waren werden durch kleine Schiffe ausgebotet.) Die Reisenden mußten daher 36 Stunden lang auf hoher See auf dem Schiffe bleiben. Freitag Morgen, als die Wellen des Meers sich gelegt hatten, war das jüd. Schiff, auf dem die blau-weisse Fahne mit dem Magen David wehte, das erste, das sich dem „Russland" näherte, um die ungeduldig erwarteten Gäste aufzunehmen. Trotz des Unwetters wurden die Ankommenden von einer grossen Menge am Ufer erwartet, die zu ihrer Begrüssung gekommen war. Die jüd. Pfadfinder hatten es übernommen, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Ausschiffung und Ausladung die Ordnung aufrecht erhalten bleibe. Unter den Angekommenen befinden sich der bekannte jüdische Gelehrte Dr. *Klausner* und Frau und das Mitglied des Odessaer Waads für Palästina, Dr. *Glücksohn* mit Familie. Der Ankunft Dr. Klausners und Glücksohns nach Palästina widmet der „Haaretz" in Nr. 149 einen besonderen Artikel.

— Der „Waad Hazmani" hat nach 3tägiger Verhandlung beschlossen, daß die palästinensischen Mitglieder der zion. Kommission auf Grund allgemeinen Stimmrechtes der Juden Palästinas gewählt werden sollen.

— Die engl. Behörde in Palästina publizierte unlängst einen Aufruf in allen drei Landesspachen (engl., arabisch und hebräisch) in welchem alle Personen, die früher von der türkischen Regierung eine Altersunterstützung bekommen haben, sowie diejenigen, die noch keine erhielten, aufgefordert werden, sich diesbezügich an die englische Behörde zu wenden.

Presse- und Verlags-Notizen.

Der unter Redaktion von Otto Abeles und Ludwig Bato erschienene, ungemein reichhaltige „Jüdische Nationalkalender", der sich durch zahlreiche Beiträge bedeutender jüdischer Autoren auszeichnet, ist in der „Jüdischen Presszentrale Zürich" eingetroffen und zu Fr. 2.— erhältlich.

— Heft 2–3 der hebräischen Monatsschrift *Hajarden* ist erschienen. Es enthält u. a. folgende Aufsätze: M. *Leiter*: Jahresübersicht, *Bar-Towia*: Demokraten, M. *Vogelmann*: Chassidismus und Romantik, Rabb. Dr. Josef *Seliger*: Forschung über die Entstehung des „Pijuth", M. D. *Gross*: Babylon oder Palästina, Lea *Seliger*: Erinnerungeu aus Palästina, Rabb. Dr. A. M. *Cohn*: Raschi, A. *Kahno*: Zeichen des Niedergangs. Die Adresse des Hajarden lautet: Bahnhof-Postfach, Zürich.

— Ab Januar 1920 gibt die Organisation des Hapoel Hazair in Wien eine hebräische Halbmonatsschrift unter dem Titel „Haawoda" (Die Arbeit) heraus. „Haawoda" wird Beiträge namhafter hebräischer Schriftsteller sowohl aus Palästina als auch aus den Galuthländern bringen.

— Im Verlage der „Neuen Jüdischen Monatshefte" ist eine Sammelschrift „Das deutsche Judentum, seine Parteien und Organisationen" erschienen. Es findet sich hier zum ersten Mal die Gelegenheit, sich über alle grossen Parteien und Organisationen im deutschen Judentum an einer Stelle zu unterrichten. Die Verfasser der einzelnen Beiträge nehmen innerhalb ihrer Organisationen eine hervorragende Stellung ein, sodass die Veröffentlichung durchaus authentischen Charakter trägt.

— Von dem feinsinnigen Schweizer Dichter S. D. *Steinberg*, der durch seine poetische Behandlung biblischer Themen bestens bekannt ist, erschien unlängst im Verlag Rascher, Zürich, eine Uebersetzung von Romain Rollands „Michelangelo".

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich